

# Hessen-Notizen

## INHALT:

### EDITORIAL

Seite 2

### Im Gespräch:

**MdL Schardt-Sauer**

Seite 3

### Gesamtvorstandssitzung

Seite 4

### Gewerkschaftstag 2025

Seite 5

### Trauerspiel der Beamtenbesoldung

Seite 6

### Bundesjugendtag

Seite 7

### eAkte in der Ausbildung

Seite 8

### Umfrage: Arbeitsbelastung

Seite 10

### Wachtmeister:

Die Beschützer des Justizpersonals

Seite 12

### Stellungnahme

Seite 14

### Krankmeldung: Diagnose?

Seite 16

### Passwörter?

Seite 17

### Suchen Sie noch ein Weihnachtsgeschenk?

Seite 18

### Die andere Seite

Seite 19

### JHV: BG Gießen

Seite 20



*Liebe  
Mitglieder,  
liebe Leserinnen  
und Leser, wir wünschen  
Ihnen und Ihren Familien  
und Liebsten ein schönes  
Weihnachtsfest und einen guten  
Rutsch in ein gesundes neues  
Jahr!  
Ihre  
Landesleitung*



# EDITORIAL



Liebe Mitglieder, liebe Leserinnen und Leser,

wieder einmal geht ein Jahr zu Ende – eines, das viele Wendungen bereithielt. Die Weihnachtszeit lädt uns ein, einen Moment innezuhalten und das vergangene Jahr zu reflektieren, während wir bereits einen Ausblick auf das kommende wagen.

Kaum jemand hätte vor Monaten gedacht, dass die politische Landschaft so schnell in Bewegung geraten würde. Die Ampelkoalition, einst als Hoffnung für einen neuen Weg in Deutschland gestartet, ist nun Geschichte. Diese Entwicklung wird sicherlich noch Fragen nach der Zukunft aufwerfen und Herausforderungen mit sich bringen, die von uns allen eine Portion Zuversicht und Mut verlangen.

International überschattete eine weitere, brisante Wendung das Jahresende: Mit dem Sieg von Donald Trump bei den US-Wahlen sehen wir nun einer ungewissen Zukunft entgegen. Die Weltgemeinschaft steht damit vor möglichen Veränderungen, die das Gleichgewicht erneut auf die Probe stellen könnten. Viele von uns haben die Entwicklungen gespannt verfolgt und fragen sich nun, wie sich dies auf den internationalen Zusammenhalt und die Zusammenarbeit in Bereichen wie Justiz und Sicherheit auswirken wird.

Inmitten all dieser Veränderungen hat sich auch unsere Justiz weiterentwickelt. Die Digitalisierung und die Einführung der elektronischen Akte haben unser tägliches Arbeiten tiefgreifend verändert, und für viele von uns haben diese neuen Aufgaben auch zu einer größeren Arbeitsbelastung geführt. Die Umfrage zur Arbeitsbelastung hat dies auf eindrückliche Weise bestätigt: Die Ergebnisse zeigen, dass es mehr denn je notwendig ist, die Arbeitsbedingungen für Justizbedienstete zu verbessern, um eine faire und zukunftsfähige Arbeitswelt zu schaffen. Ein wichtiges Thema in diesem Zusammenhang waren auch die Tarifverhandlungen im TV-H, die für viele unserer Kolleginnen und Kollegen Hoffnung und Enttäuschung zugleich brachten. Die steigende Arbeitsbelastung und die höheren Lebenshaltungskosten spiegeln sich nur teilweise in den Ergebnissen der Verhandlungen wider. Auch hier werden wir aktiv bleiben, um weitere Verbesserungen zu erzielen.

Zusätzlich sehen wir besorgt den jüngsten Sparplänen der hessischen Landesregierung entgegen. Diese sehen umfassende Kürzungen im Landeshaushalt vor, wie die Verschiebung der Besoldungserhöhung – mehr dazu auf Seite 6.

Wir blicken dennoch hoffnungsvoll auf das kommende Jahr. Lassen Sie uns die Feiertage als eine Zeit der Besinnung und des Krafttankens genießen. Mögen die Feiertage Ihnen und Ihren Familien Momente der Freude und des Friedens schenken.

Wir wünschen frohe Festtage und einen erfolgreichen Start ins neue Jahr!

Mit kollegialen Grüßen

Erwin Schmidt                      und                      Silke Gölzenleucher  
1. Landesvorsitzender                      2. Landesvorsitzende

## Im Gespräch mit: MdL Marion Schardt-Sauer, rechtspolitische Sprecherin der FDP im Landtag

Schon im Juli 2024 fand ein politisches Gespräch mit Frau Marion Schardt-Sauer, Mitglied des Landtags der FDP, statt. Ein herzlicher Dank geht an Frau Schardt-Sauer für die Einladung und das Interesse an den drängenden Themen des Justizwesens.

Erwin Schmidt, der Landesvorsitzende, leitete das Gespräch souverän und brachte die dringendsten Justizthemen zur Sprache. Ein zentrales Anliegen war der eklatante Personalmangel im gesamten Justizdienst. Trotz der hohen Belastung und Verantwortung, die diese Positionen mit sich bringen, bleibt die „amtsangemessene Alimentierung“ vieler Justizbediensteter nach wie vor aus. Dieser Zustand führt zu zusätzlichem Druck auf die bestehenden Mitarbeiter und erschwert die Effizienz und Qualität der Justizdienste erheblich.

Mitglieder unseres Vorstands, brachten durch reale Beispiele anschaulich die Herausforderungen zur Sprache, die mit der Einführung der elektronischen Akte einhergehen. Besonders in der Vor-Ort-Betreuung sind die Auswirkungen spürbar, da neben den neuen digitalen Aufgaben auch zusätzliche Tätigkeiten, wie der Support der Notebooks von Referendaren bewältigt werden müssen.

Ein weiteres Thema war die Ausbildungssituation im mittleren Dienst. Hierbei wurden insbesondere die vielen unbesetzten Stellen in der Rechtspfleger-Ausbildung und die sich wandelnden Berufsbilder durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz diskutiert. Diese Entwicklungen erfordern eine Anpassung der Ausbildung und eine stetige Weiterbildung, um den zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden.

Frau Schardt-Sauer zeigte bei allen Themen reges Interesse und stellte zahlreiche Fragen, um ein tieferes Verständnis der Herausforderungen zu gewinnen. Ihr Engagement und ihre Bereitschaft, sich intensiv mit den Belangen der Justiz auseinanderzusetzen, wurden von allen Teilnehmern sehr geschätzt.

Das Gespräch war insgesamt sehr konstruktiv und bot eine wertvolle Plattform für den Austausch über die dringenden Reformbedarfe im Justizwesen. (CR)

## Gemeinsam in die Zukunft: Strategien und Ziele der Deutschen Justiz-Gewerkschaft Hessen

Am 1. und 2. Oktober 2024 fand die Gesamtvorstandssitzung der Deutschen Justiz-Gewerkschaft Hessen statt. An der Tagung versammelten sich die Vorstandsmitglieder, die Vertreter der Bezirksgruppen und die Fachbereiche, um wichtige Themen rund um die Gewerkschaftsarbeit zu besprechen.

Besonders hervorzuheben ist die Anwesenheit von Heini Schmitt, dem Landesvorsitzenden unseres Dachverbands dbb hessen, der sich aktiv am Gespräch beteiligte. Die Atmosphäre während der Sitzung war harmonisch und geprägt von einem offenen Austausch, der es den Teilnehmern ermöglichte, ihre Anliegen und Ideen einzubringen.

Ein zentraler Bestandteil der Sitzung war ein Workshop, in dem die Ziele der Gewerkschaftsarbeit zusammengetragen, analysiert und nach Dringlichkeit bewertet wurden. Die Diskussionen zeigten deutlich, dass die Mitglieder sich intensiv mit den Herausforderungen und Chancen der Branche auseinandersetzen.

Im Anschluss an den Workshop wurden Arbeitsgruppen gebildet, die sich in den kommenden Wochen mit besonders drängenden Themen beschäftigen werden. Die Schwerpunkte liegen dabei auf der **Attraktivität des Wachtmeisterberufs**, innovativen **Arbeitszeitmodellen**, der **Mitgliedergewinnung** und der **Jugendarbeit**.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppen sind hochmotiviert, kreative Lösungen zu entwickeln, um die Gewerkschaftsarbeit zu stärken und die Rahmenbedingungen für die Mitarbeiter zu verbessern. Die Themenwahl spiegelt die aktuellen Herausforderungen wider und zeigt, dass die Gewerkschaft bereit ist, zukunftsorientierte Strategien zu entwickeln.

Diese Gesamtvorstandssitzung war nicht nur ein weiteres Treffen, sondern ein bedeutender Schritt in die Zukunft der Deutschen Justiz-Gewerkschaft Hessen. Mit einem klaren Fokus auf die Belange ihrer Mitglieder und einem starken Teamgeist sind die Weichen für die kommenden Monate bis zum Gewerkschaftstag gestellt.

Die Vorstandsmitglieder gehen optimistisch und engagiert in die Arbeit und sind fest entschlossen, die Interessen der Justizbeschäftigten erfolgreich zu vertreten. (MS)



## Ankündigung: Gewerkschaftstag 2025 der Deutschen Justiz-Gewerkschaft Hessen

**Termin:** 08. und 09.04.2025

**Ort:** City Hotel, Alte Frankfurter Straße 13, 61118 Bad Vilbel

Liebe Mitglieder und Interessierte,

wir freuen uns, Ihnen den Gewerkschaftstag 2025 der Deutschen Justiz-Gewerkschaft Hessen anzukündigen! Unter dem Motto „*Justizberufe : Ein Auslaufmodell?*“ laden wir die Delegierten sowie Honoratioren aus Justiz und Politik herzlich ein, an diesem bedeutenden Ereignis teilzunehmen.

### **Wichtige Fristen:**

- 1. Februar 2025: Übersendung der Berichte der FB-Leiter und BG-Vorsitzenden
- 28. Februar 2025: Anmeldeschluss für Delegierte und Gäste
- 6. März 2025: Einreichung der Anträge zum Gewerkschaftstag

Der Gewerkschaftstag bietet eine hervorragende Gelegenheit, über aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen in der Justiz zu diskutieren. Wir erwarten spannende Diskussionen und eine Plattform für den Austausch von Ideen und Erfahrungen.

Weitere Informationen zur Anmeldung und zum Programm folgen in Kürze. Merken Sie sich die Fristen vor und seien Sie Teil einer starken Gemeinschaft, die sich für die Interessen der Justizbeschäftigten einsetzt!

### **Werden Sie Teil unserer Gemeinschaft!**

Wir laden Sie herzlich ein, aktiv an der Gestaltung und Weiterentwicklung unserer Gewerkschaft mitzuwirken. Als Mitglied haben Sie die Möglichkeit, die Interessen der Justizbeschäftigten direkt zu vertreten und Veränderungen anzustoßen.

Egal, ob Sie sich für berufliche Themen, soziale Belange oder rechtliche Verbesserungen einsetzen möchten – Ihre Stimme und Ihr Engagement sind gefragt! Zur Information oder bei Interesse an einer aktiven Mitarbeit können Sie sich jederzeit an die jeweiligen [Bezirksgruppenvorsitzenden](#) wenden.

Gemeinsam sind wir stark und können viel erreichen!

Ihr  
geschäftsführender Vorstand

## Das hessische Besoldungsanpassungsgesetz ist und bleibt ein Trauerspiel

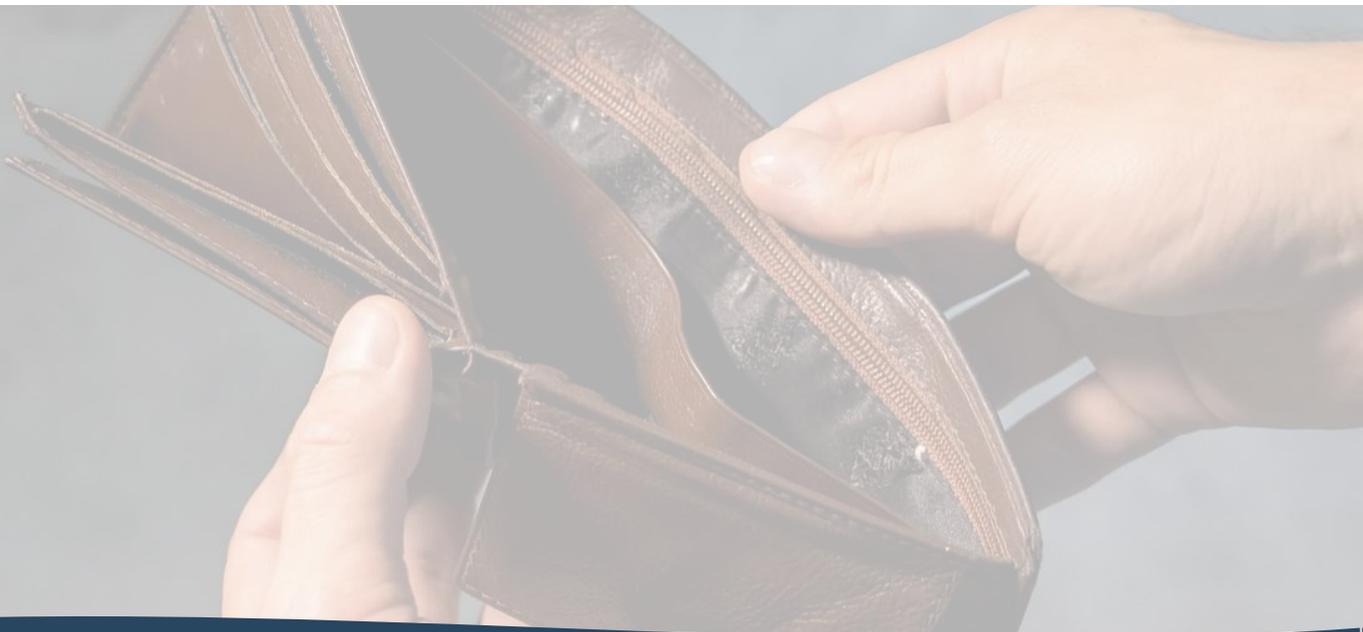
Schon bei der Verabschiedung des Gesetzes war klar, dass die unteren Besoldungsgruppen die Erhöhung des Sockelbetrages von 200 € (Ergebnis der Tarifverhandlung) nicht erreichen werden. Da die 4,8 % im Februar 2025 erst bei der Besoldungsgruppe A 10 die 200 € erreichen werden.

Das haben wir schon damals stark kritisiert, so der Landesvorsitzende DJG Hessen, Schmidt in einer Stellungnahme zu den neuesten Entwicklungen der hessischen Beamtenbesoldung: „Mit Wertschätzung und einem vertrauensvollen Miteinander hatte die Entscheidung schon damals nichts zu tun.“

Nun ein neuer Akt der Landesregierung, die Verschiebung der Besoldungsanpassung, nun sollen die Beamtinnen Beamten helfen den Haushalt zu stabilisieren.

Was wir als Verband besonders kritisieren, so Schmidt ist, dass man bei Haushaltsproblemen immer nach gleichem Muster vorgeht. Entweder Steuern erhöhen oder und am Personal einsparen. Dies nun in der laufenden Besoldungsanpassung vorzunehmen, hat eine neue Dimension, so der Landesvorsitzende weiter. Auch schwierige Zeiten dürfen nicht zu einseitigen Belastungen führen. Das Spalten der Statusgruppen und wie in diesem Fall sehr plakativ zu sehen die teilweise Wegnahme der Inflationsausgleichszahlung, führt zu erheblichem Unmut bei den Beschäftigten. Und dass in Zeiten wodurch Personalmangel Umstrukturierung (Digitalisierung) somit erheblichen Mehrbelastungen von den Kolleginnen und Kollegen in der hessischen Justiz schon jetzt geleistet werden.

Wir fordern den Haushaltsgesetzgeber den hessischen Landtag dazu auf, dieser Änderung nicht zuzustimmen, sondern Wege zu finden den Haushalt auch ohne das geplante Sonderopfer der Beamtinnen und Beamten aufzustellen und zu beschließen. Bei dem Umfang den der hessische Haushalt hat, sollte der Landtag andere Möglichkeiten finden.



## Bundesjugendtag in Karlsruhe

Vom 17. bis 19. Oktober 2024 fand in Karlsruhe der 12. Bundesjugendtag der Jungen DJG statt.

Die Sitzung, die in den Räumlichkeiten der BBBank abgehalten wurde, brachte die Jugend aus verschiedenen Landesverbänden zusammen.

Im Mittelpunkt des Bundesjugendtages standen wichtige Themen, die uns junge Beschäftigten in der Justiz bewegen.

Wir diskutierten und verabschiedeten Anträge zu aktuellen Anliegen, darunter die Verbesserung der Ausstattung durch entsprechende Arbeitsmaterialien während der Ausbildung sowie die Förderung nach einem kostenlosen Deutschlandticket.



Ein Höhepunkt des BJT war die Wahl der neuen Bundesjugendleitung für die kommenden zwei Jahre. Carolina Paulus (Saarland) und Tim Sudheimer (Hessen) wurden als neue Vorsitzende in einer Doppelspitze gewählt. Auch Jenny Dieling (Hessen), Zoe Seydlitz (Niedersachsen), Sandra Beneke (Niedersachsen), Vanessa Nunes (Rheinland-Pfalz) und Jannika Schatz (Rheinland-Pfalz) machen sich für die Interessen der Jungen Beschäftigten in der Bundleitung stark.

Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit!

Die Teilnahme von fast 40 Delegierten aus verschiedenen Bundesländern, wie beispielsweise Hamburg, NRW oder Sachsen unterstreicht die bundesweite Bedeutung dieses Treffens für uns als Nachwuchs in der Justiz.

Der Bundesjugendtag bot uns eine wichtige Plattform für den Austausch von Ideen und die Formulierung gemeinsamer Ziele zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Ausbildungsstandards im Justizwesen.

Tim Sudheimer und Pascal Müller  
- Landesjugendleitung -



# INTERVIEW

---

## Ausbildung an der eAkte

### Die E-Akte aus Sicht der Auszubildenden:

Vergangenes Jahr wurde am Amtsgericht Gießen die E-Akte im Zivilprozess eingeführt und zum ersten Mal aktiv genutzt. Parallel dazu wurden auch die Auszubildenden in die Nutzung der E-Akte eingearbeitet. Wir haben mit Rebecca, einer der Auszubildenden, über ihre Erfahrungen gesprochen.

#### *Wie lief die Einführung der E-Akte bei euch ab?*

Rebecca: Während unserer acht Wochen in der Zivilprozessabteilung sind wir erstmals mit der E-Akte in Kontakt gekommen. Das Arbeiten mit dem Programm hatte dort gerade erst begonnen, und wir wurden direkt eingebunden.

#### *Wie sah das konkret aus? Was waren eure ersten Berührungspunkte?*

Rebecca: Also, wir haben in der Juniorserviceeinheit direkt mit den Programmen **e2A** und **e2T** angefangen. Das Besondere war, dass wir von Anfang an im Echtbetrieb gearbeitet haben – und das hat erstaunlich gut funktioniert.

#### *Wie gestaltete sich die Arbeit mit der E-Akte?*

Rebecca: Zuerst hat uns unsere Ausbilderin Frau Riedl am PC die Grundlagen erklärt. Danach durften wir schon selbst einfache Freitextschreiben verfassen, zum Beispiel an Anwälte. Auch die Bearbeitung der digitalen Posteingänge haben wir früh übernommen. Mit der Zeit wurden die Aufgaben dann anspruchsvoller, wie das Erstellen von Versäumnisurteilen oder Kostenfestsetzungsbeschlüssen. Aber Frau Riedl hat uns dabei immer Schritt für Schritt begleitet.

#### *Ihr habt also direkt im Echtbetrieb gearbeitet. Wie wurde sichergestellt, dass ihr keine Fehler macht, zum Beispiel beim Versenden von Dokumenten?*

Rebecca: Wir haben die Schriftstücke zunächst an unseren PCs im Echtbetrieb vorbereitet, sie aber nicht direkt selbst verschickt. Statt dessen sind wir damit an den PC von Frau Riedl gegangen. Sie hat unsere Arbeit kontrolliert, und erst dann wurden die Dokumente unter ihrer Aufsicht versendet. Den Rest der Verfügungen haben wir dann zusammen abgearbeitet.

#### *Zum Schluss: Wie fällt dein Fazit zur E-Akte aus?*

Rebecca: Nach ein bisschen Übung fand ich die E-Akte echt einfach und intuitiv zu bedienen. Man hat schnell eine Routine entwickelt, und die Kontrolle war oft sogar schneller als bei anderen Programmen. Mir hat die Arbeit damit richtig Spaß gemacht, und ehrlich gesagt gefällt mir die E-Akte viel besser als das alte Eureka-Programm.

## Die E-Akte aus Sicht der Ausbilderin

Neben den Auszubildenden haben wir auch Ingrid Riedl, Ausbilderin beim Amtsgericht Gießen, zu ihren Erfahrungen mit der E-Akte und ihren Auszubildenden befragt.

### *Welche Vor- und Nachteile hat die E-Akte in der Ausbildung?*

Ingrid Riedl: Natürlich gibt es gerade am Anfang Phasen, in denen nicht alles reibungslos läuft. Manchmal entstehen Leerläufe, wenn ein Azubi zur Kontrolle gerufen wird und die anderen warten müssen, bis wir fertig sind. Aber insgesamt überwiegen für mich eindeutig die Vorteile.



### *Können Sie diese Vorteile etwas genauer erläutern?*

Ingrid Riedl: Ein großer Vorteil ist die größere Unabhängigkeit. Wir sind nicht mehr so sehr an einen bestimmten Ort gebunden, wenn es um die Aufgabenverteilung geht. Außerdem ist es in den Programmen e2A und e2T viel einfacher, bereits vorhandene Verfügungen zu erkennen. Für die Auszubildenden ist die E-Akte zudem etwas, das zur heutigen Zeit passt. Sie fühlen sich damit oft vertrauter, weil es ihre Lebensrealität widerspiegelt – das Arbeiten in einer digitalen Umgebung. Und natürlich ist die E-Akte auch um einiges ressourcenschonender als die klassische Papierakte.

### *Gab es Schwierigkeiten, die E-Akte zu erlernen?*

Ingrid Riedl: Anfangs ist die Umstellung sicherlich eine Herausforderung, aber man muss sich dieser Herausforderung stellen und offen dafür sein. Im Nachhinein hat es sich auf jeden Fall gelohnt, die Auszubildenden von Anfang an in die digitale Arbeitswelt einzubinden.

### *Macht die E-Akte Ihrer Meinung nach mehr Sinn als eine physische Akte?*

Ingrid Riedl: Absolut. Die Digitalisierung ist in unserer Zeit unverzichtbar. Die E-Akte spart nicht nur Kosten, sondern auch viel Zeit – zum Beispiel, weil Schriftstücke nicht mehr den langen Weg über die Post nehmen und auch von den Wachtmeistern nicht mehr mit dem Wägelchen über die Gerichtsflure gefahren werden müssen.

### *Wie fällt Ihr Fazit zur E-Akte aus?*

Ingrid Riedl: Die Einführung war längst überfällig. Mit der E-Akte ist die Justiz moderner geworden. Es fühlt sich an, als wären wir endlich im digitalen Zeitalter angekommen. Die eAkte bietet eine sichere Umgebung, die dem Rechtsstaat gerecht wird.

# UMFRAGE

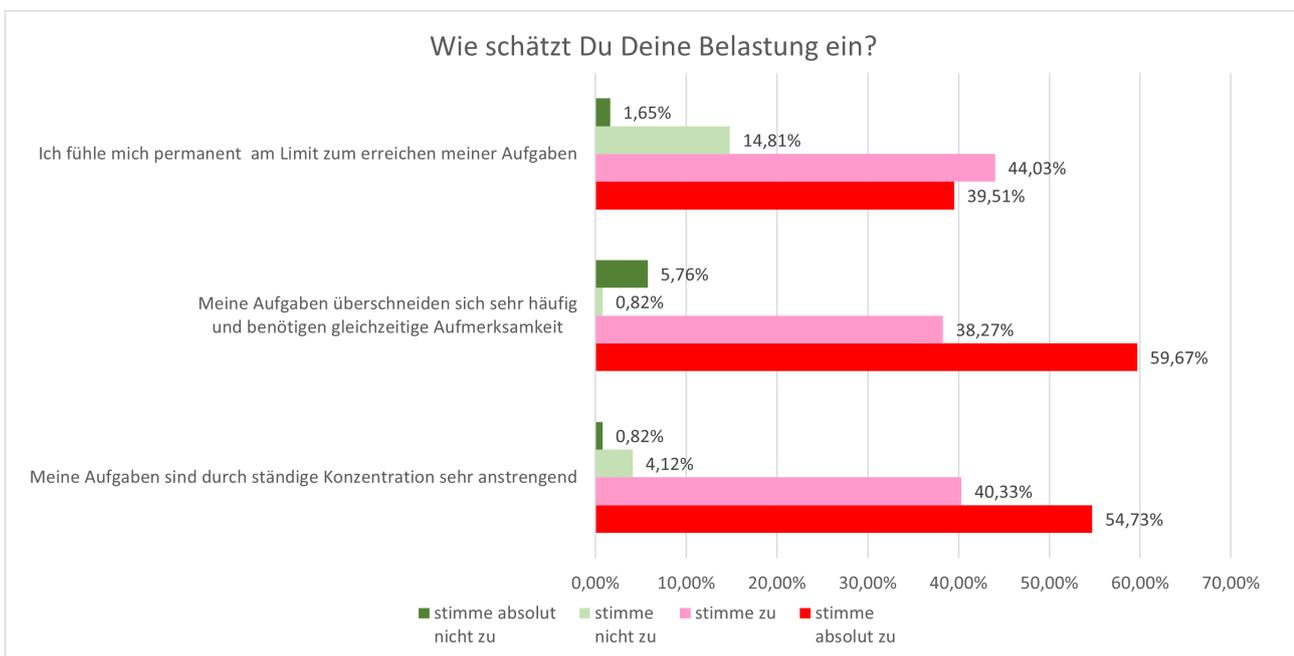
## Hohe Arbeitsbelastung in der Justiz: Ergebnisse unserer Umfrage zur Arbeitsbelastung

Die aktuelle Umfrage von Oktober d.J. verdeutlicht, dass die Arbeitsbelastung für Justizmitarbeiter auf ein kritisches Niveau gestiegen ist. Insgesamt **83%** der Befragten geben an, ihre Aufgaben nicht vollständig abschließen zu können, weil neue Aufgaben anstehen. Rund **81%** schaffen es nicht, ihre Arbeit in der vorgegebenen Arbeitszeit zu bewältigen, und **77%** fällt es schwer, nach Feierabend abzuschalten.

Ein weiterer Belastungsfaktor ist die hohe Konzentrationsanforderung: **94%** der Beschäftigten empfinden ihre Arbeit aufgrund des konstanten Aufmerksamkeitsbedarfs als sehr anstrengend, und **97%** berichten von häufigen Aufgabenüberschneidungen. Zudem fühlen sich **82%** dauerhaft an der Belastungsgrenze.

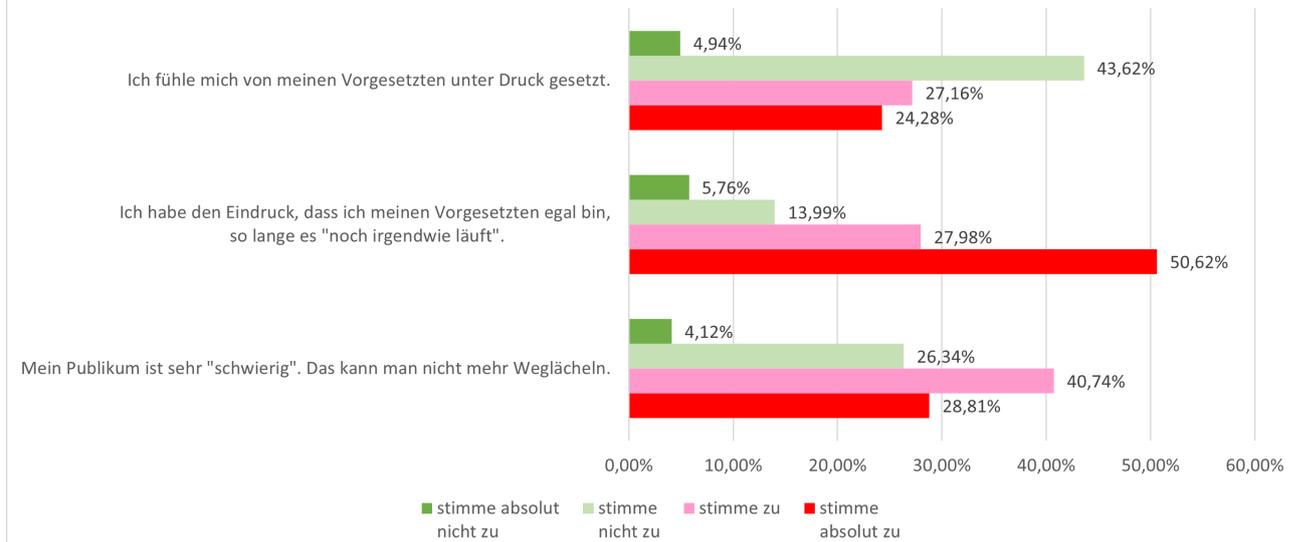
Emotionale Belastungen sind ebenfalls weit verbreitet. **78%** der Befragten haben das Gefühl, dass ihre Vorgesetzten sie ignorieren, solange „es noch irgendwie läuft“. Der Umgang mit dem Publikum ist für **57%** belastend, und **51%** fühlen sich von Vorgesetzten unter Druck gesetzt.

Zudem hat sich die Arbeitslast für **88 %** der Beschäftigten durch die Einführung der elektronischen Akte erhöht, und **95%** sehen eine Zunahme ihrer Aufgaben in den letzten fünf Jahren. Auch das soziale Umfeld wird als unzureichend wahrgenommen: **80%** erhalten kaum Anerkennung, **68 %** vermissen Unterstützung von Vorgesetzten, und **49%** haben keine Anlaufstelle für Probleme. Diese Ergebnisse verdeutlichen den akuten Bedarf an Maßnahmen, um die Arbeitsbedingungen in der Justiz nachhaltig zu verbessern und die Belastungen der Beschäftigten zu mindern. Die vollständige Auswertung haben wir hier: [AuswertungUmfrage](#) hinterlegt.

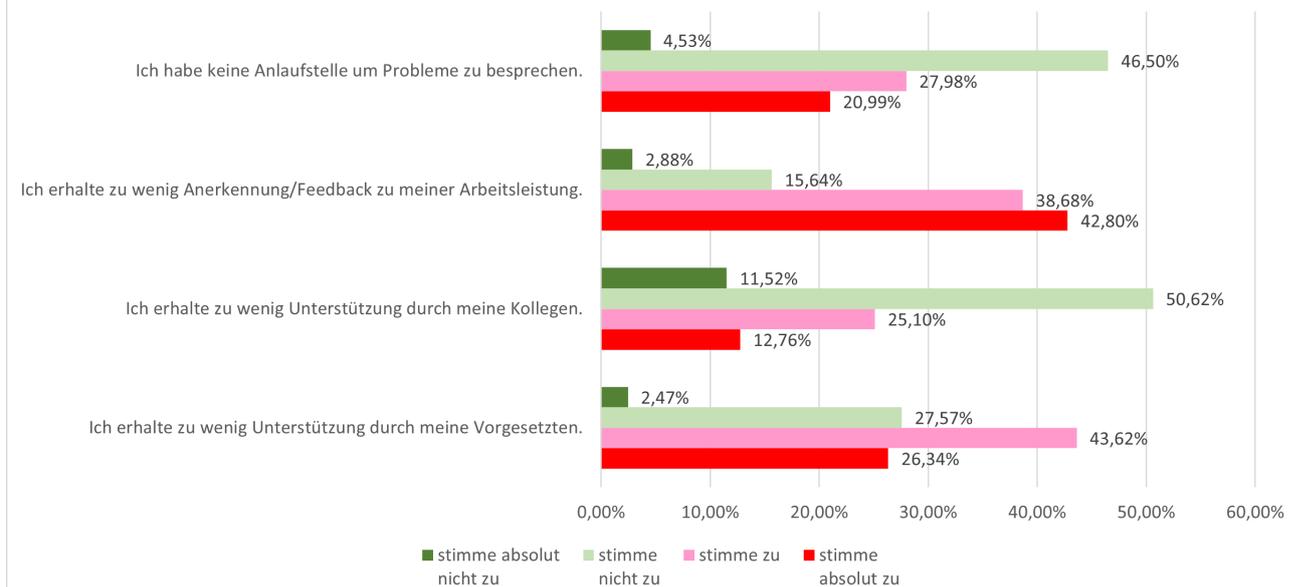


# UMFRAGE

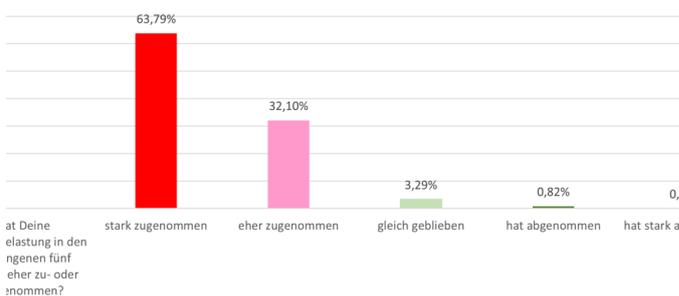
## Wie schätzt Du Deine emotionale Belastung ein?



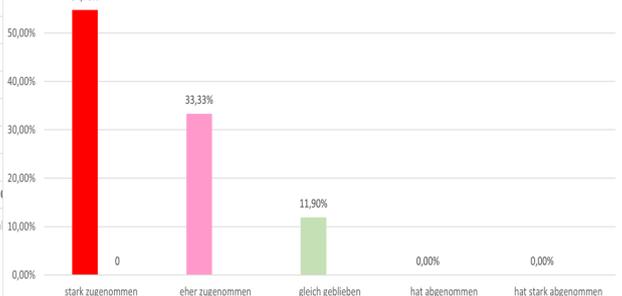
## Wie sieht es im sozialen Umfeld Deines Arbeitsplatzes aus?



## Hat Deine Arbeitsbelastung in den vergangenen fünf Jahren eher zu- oder abgenommen?



## Hat Deine Arbeitsbelastung in Verbindung mit der elektronischen Akte eher zu- oder abgenommen?



# WACHTMEISTER

---

## Unterbezahlte Justizwachtmeister: Die Beschützer des Justizpersonals

In der Entstehungszeit des Justizwachtmeisterberufs lag der Hauptfokus auf der Gewährleistung der Sicherheit in Gerichtsgebäuden. Die Wachtmeister waren dafür verantwortlich, Ordnung und Schutz zu gewährleisten, insbesondere während der Gerichtssitzungen. Da jedoch auch Wachtmeister Pausen und Ruhezeiten benötigen, wurden mehrere Personen für diese Aufgabe eingestellt.

Die Justizwachtmeister in Deutschland spielten und spielen auch heute noch eine wichtige Rolle im Gerichtsbetrieb, indem sie für die Sicherheit und Ordnung in den Gerichtsgebäuden sorgen und das Justizpersonal schützen. Zu den Aufgaben der Justizwachtmeister gehören hauptsächlich

- die Gewährleistung der Sicherheit in Gerichtsgebäuden und Gerichtssälen,
- der Schutz von Richtern, Staatsanwälten und anderem Justizpersonal vor Bedrohungen,
- die Begleitung von Gefangenen und Sicherstellung ihrer sicheren Verbringung zwischen Einrichtungen.

Jedoch fanden nicht jeden Tag Gerichtssitzungen statt, somit war der Justizwachtmeister nicht voll ausgelastet. Um ihn dennoch sinnvoll zu beschäftigen und um sicherzustellen, dass er nicht für Inaktivität bezahlt wird, wurde sein Aufgabenbereich erweitert.

So gehören heute zusätzlich zur Sicherheitsgewährleistung auch Tätigkeiten wie die Überwachung der elektronischen Eingangspost, Papierpost, Unterstützung bei administrativen Tätigkeiten und Logistik innerhalb des Gerichts, diverse Hausmeisteraufgaben etc. zu ihren Pflichten. Diese Erweiterung des Tätigkeitsfeldes stellt sicher, dass Justizwachtmeister stets beschäftigt sind und die Justizverwaltung effizient unterstützt wird. So bleibt der Beruf des Justizwachtmeisters vielseitig und essenziell für den reibungslosen Ablauf des Justizalltags.

### **Problem der Unterbezahlung**

Justizwachtmeister sind oft im unteren Einkommensbereich des öffentlichen Dienstes eingruppiert. Ihre Vergütung ist häufig nicht ausreichend im Verhältnis zu den Risiken und Verantwortungen ihres Berufs. Im Vergleich zu anderen Sicherheitskräften, wie der Polizei oder dem Vollzug. Sie werden oft schlechter bezahlt, obwohl sie ähnlichen Gefahren ausgesetzt sind. Durch Personalmangel und steigende Arbeitsbelastung wird die Situation zusätzlich verschärft.

### **Auswirkungen auf die Justiz**

Die Niedriggehälter und hohe Arbeitsbelastung führen zu geringer Motivation, Krankmeldungen und hoher Fluktuation. Es können weniger qualifizierte Personen für diese Positionen gewonnen werden, was die Sicherheit in Gerichtsgebäuden beeinträchtigen kann. Die Schwierigkeiten, ausreichend qualifiziertes Personal zu rekrutieren, werden langfristig die Funktionsfähigkeit der Justiz gefährden.

# WACHTMEISTER



## Forderungen und mögliche Lösungen

Eine angemessene Anpassung der Gehälter/Besoldung könnte die Attraktivität des Berufs steigern und die Motivation der Mitarbeiter verbessern. Leider wird in Hessen nicht einmal die amtsangemessene Alimentierung umgesetzt, daher scheint eine Gehaltserhöhung wie ein Traum. Selbst Sicherheitszulagen, wie sie bspw. in Bayern gezahlt werden, bleiben unseren hessischen Kollegen verwehrt.

Die Anerkennung des Wachmeisterberufs als Ausbildungsberuf könnte helfen, mehr qualifizierte Bewerber zu gewinnen. Justizwachmeister sind wichtig für die Sicherheit und Effizienz des Justizsystems. Gerechte Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen sind notwendig, um die Motivation und Leistungsfähigkeit dieser wichtigen Berufsgruppe zu sichern. Ein schlecht bezahlter Kollege wird unterbewußt dreimal überlegen, ob er seine Gesundheit riskiert, wenn er selbst als auch seine Familie nicht gut abgesichert sind und er darüber hinaus Außenstände bei der Beihilfe hat - wir berichteten in der letzten Ausgabe.

Trotz der vielen Veränderungen durch künstliche Intelligenz und der eAkten bleibt der Justizwachmeister unverzichtbar, solange der Zugang zu den Gerichten vor Ort notwendig ist. Dieser Beruf hat Zukunft und muss erhalten sowie ausgebaut werden. Allerdings ist der Weg zu einer anerkannten und besser bezahlten Position lang. Um diese Zeit zu überbrücken und dennoch Personal zu gewinnen, sollte eine Sicherheitszulage gezahlt werden, dazu müssten die Justizwachmeister lediglich in Artikel 2 zur Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes (HBesG) in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufgenommen werden. Andere Länder sind hier bereits weiter.

Unsere Sicherheit in den Justizgebäuden sollte uns etwas (mehr) wert sein! (SG)

# STELLUNGNAHME

---

## zum Gesetzesentwurf zur Entwicklung und Erprobung eines Online-Verfahrens in der Zivilgerichtsbarkeit (OVERpG)

Folgende Stellungnahme haben wir bzgl. des Gesetzesentwurfs abgegeben:

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) - Landesverband Hessen - hat den vorliegenden Gesetzes-Entwurf eines Gesetzes zur Entwicklung und Erprobung eines Online-Verfahrens in der Zivilgerichtsbarkeit (OVERpG) mit großem Interesse geprüft und begrüßt grundsätzlich die darin enthaltenen Bestrebungen, Klagen und sonstige verfahrensrelevante Dokumente über eine digitale Kommunikationsplattform einzureichen und zu bearbeiten.

Insbesondere sehen wir Vorteile in der Einführung des strukturierten Parteivortrages, der es den Parteien ermöglicht ihre Vorträge in einer standardisierten und strukturierten Form zu übermitteln und die damit einhergehende Nutzungspflicht in bestimmten Fällen. Wir begrüßen es auch außerordentlich, die Barrierefreiheit dieses Mal von Anfang an in den Vordergrund zu stellen. Wir bewerten die Erprobung in sog. Reallaboren, um neue digitale Technologien und Kommunikationsformen unter tatsächlichen Bedingungen zu testen, als positiv.

Allerdings möchten wir auch auf einige kritische Punkte hinweisen, die im Zusammenhang mit dem Entwurf stehen.

Als kritisch sehen wir die Möglichkeit der Zentralisierung von Aufgaben gemäß § 1123 Abs. 2. Damit wird die Zentralisierung von Zivilsachen bei den Amtsgerichten realer, was die Gefahr birgt, kleineren Gerichten das Existenzrecht zu entziehen. Wir hoffen, dass die Landesjustizverwaltungen sich ihrer Verantwortung bewußt sind und den lokalen Zugang zur Justiz offenhalten. Der Zugang zur Justiz und die Berücksichtigung lokaler Bedürfnisse müssen weiterhin gewährleistet bleiben. Eine ausgewogene

Herangehensweise, die sowohl zentrale Effizienzgewinne als auch die Vorteile der lokalen Präsenz berücksichtigt, wäre hier ideal.

Aus unserer Sicht wäre es wünschenswert, wenn das Bundesjustizministerium eine eigene Kommunikationsplattform, Clouds sowie die Nutzeroberfläche bereitstellt. Eine Lösung könnte ein hybrides Modell sein, bei dem das Bundesjustizministerium eine zentrale Basisplattform entwickelt und bereitstellt, die bestimmte Kernfunktionen und Standards bietet. Diese Plattform könnte modular aufgebaut sein, so dass die Bundesländer zusätzliche Module und Anpassungen vornehmen können, um spezifische regionale Bedürfnisse zu erfüllen. Dadurch ließen sich sowohl die Vorteile der Standardisierung und Kosteneffizienz als auch die Flexibilität und Innovationsfähigkeit der dezentralen Entwicklung kombinieren. Andernfalls sind die Bundesländer gezwungen, an eigenen Lösungen zu arbeiten, und müssen sozusagen das berühmte Rad wieder und wieder neu erfinden. Dies führt zu Verschwendung von Ressourcen, Zeit und Geld.

### **Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft fordert,**

- Angebote zur Aus-, Fort- und Umschulung schaffen, um sicherzustellen, das bestehende Personal weiterhin zu integrieren und Abwanderung oder berufliches Zurückbleiben zu vermeiden,
- neue Ausbildungswege und damit Karriere-möglichkeiten zu eröffnen, um das ausgebildete Bestandspersonal zu halten und durch die Bereitstellung entsprechender Besoldungsstellen/Höhergruppierungen zu fördern,

# STELLUNGNAHME



- eine enge Einbindung der Arbeitnehmervertretungen in die Planungs- und Implementierungsphasen, um die Interessen der Beschäftigten zu wahren,
- die Sicherstellung neuer Arbeitsprozesse zur Vermeidung von Überlastung sowie die Bereitstellung ausreichender Unterstützung und Personal während der Umstellungsphase,
- eine transparente Kommunikation durch Führungskräfte über die Ziele, den Fortschritt und die Auswirkungen des Digitalisierungsvorhabens, um Vertrauen zu schaffen und Ängste abzubauen.

## Fazit

Aus gewerkschaftlicher Sicht bietet die Einführung des Online-Verfahrens in der Zivilgerichtsbarkeit sowohl Chancen als auch Risiken. Wir, die Deutsche Justiz-Gewerkschaft, werden darauf achten, dass die Vorteile der Effizienzsteigerung und der neuen Qualifizierungsmöglichkeiten genutzt werden, während gleichzeitig die Interessen und Rechte der Beschäftigten gewahrt blei-

ben. Es wird entscheidend sein, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch umfassende Mitbestimmungsprozesse, Schulungen, Weiterbildungen und soziale Maßnahmen in den Transformationsprozess einzubeziehen.

Als Gewerkschaft nehmen wir auch einen gesellschaftspolitischen Auftrag wahr. Aus dieser Sicht bietet das Vorhaben viele Chancen zur Verbesserung des Zugangs zur Justiz, zur Effizienzsteigerung und zur Modernisierung der Verwaltung. Gleichzeitig müssen die Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf den Digital Divide, Datenschutz und die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, sorgfältig adressiert werden.

Es ist wichtig, die weitere Digitalisierung der Justiz inklusiv zu gestalten und alle Bürger die Möglichkeit haben, die neuen Systeme zu nutzen. Zudem muss der Prozess transparent und unter demokratischer Kontrolle erfolgen, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz und ihre Verfahren zu gewährleisten und zu stärken.

# ARBEITNEHMERRECHTE

---

## Diagnose? Wenn Kranksein zum Mysterium wird

Es ist Montagmorgen, die Sonne scheint, die Kaffeemaschine rattert, und du liegst mit Husten, Schnupfen und Fieber im Bett. Du meldest dich pflichtbewusst in der Verwaltung krank. **Diagnose?** Muss der Arbeitgeber nicht wissen, schließlich ist das Gesetz auf deiner Seite. Alles läuft wie gewohnt – bis der Moment kommt, in dem die neugierige Kollegin Kunigunde den Hörer abnimmt. Kunigunde, eine Meisterin des Tratschens, stellt direkt die Frage aller Fragen: „Ach, was hast du denn?“ Du bleibst cool und professionell. Warum auch ins Detail gehen? Deine Antwort: „Ich bin krank.“ Punkt.

Doch Kunigunde gibt nicht so leicht auf. Sie hört genauer hin, wie nur eine langjährige Büro-Detektivin es kann, und setzt noch einen drauf: „Aber du hörst dich wirklich nicht gut an!“ Was soll’s, denkst du. Ein „Ich bin krank“ muss reichen – und du lieferst die Antwort mit fast schon stoischer Ruhe erneut ab.

Während du das Gespräch so knapp wie möglich hältst, lauscht deine Frau im Hintergrund. Sie hört Kunigundes beharrliches Nachbohren und deine minimalistische Kommunikationsstrategie. Als du das Gespräch beendest, blickt sie dich verwirrt an und stellt nur eine Frage: „**Hast du mit einer Geisteskranken telefoniert?**“

Plötzlich bricht die Erkenntnis in dein Erkältungsuniversum ein: Deine Frau hat recht. Kunigunde klingt tatsächlich so, als hätte sie deine Diagnose unbedingt auf dem Silbertablett serviert haben wollen – als ob sie ohne diese Information den restlichen Tag im Büro nicht überleben könnte. Hat sie wirklich angenommen, dass dein Husten sich von alleine in ein ausführliches medizinisches Gutachten verwandelt? Oder gar in einen ausführlichen Bericht mit fieberhaften Details?

Und da sind wir bei der großen Lektion des Krankmeldens: Man muss dem Chef nicht jedes Wehwehchen erklären. Ob es nun ein Schnupfen ist, eine Magenverstimmung oder ein leises Ziepen im Rücken – das bleibt dein Geheimnis. Die gesetzliche Regel lautet: *krank ist krank*. Kunigunde kann forschen, drängeln und nachbohren, doch die Antwort bleibt simpel, rein und unerschütterlich: „Ich bin krank.“

### Die Moral der Geschichte?

Manchmal sind es nicht die Krankmeldungen, die uns Kopfzerbrechen bereiten, sondern die Menschen, die Antworten suchen, wo es keine gibt. Vielleicht war Kunigunde wirklich nur neugierig – oder sie hat eine geheime Karriere als Medizindetektivin verpasst. Eines steht fest: Einfache Antworten auf komplexe Fragen sind manchmal die besten. Und für den Fall, dass es dir ähnlich ergeht wie mir, sei gewarnt: Das nächste Mal, wenn du dich krank meldest, könnte deine Frau fragen: „Hast du wieder mit dieser Geisteskranken telefoniert?“

Aber keine Sorge, du weißt schon, wie du antworten wirst: „Ich bin krank.“ (UD)



# PASSWÖRTER

## Ein lästiger, aber notwendiger Sicherheitsbaustein

Viele Kollegen sind genervt davon Passwörter mit Zahlen, Großbuchstaben und Sonderzeichen zu erstellen, zumal diese auch noch alle 4 Wochen geändert werden müssen.

Das System merkt sich die letzten Passwörter und erlaubt nicht, sie erneut zu verwenden. Auch Teile des letzten Passworts dürfen nicht wieder genutzt werden. Das macht es für die Nutzer oft schwerer und führt dazu, dass sie sehr einfache Passwörter wählen – was allerdings keine gute Lösung ist.

Jedes Jahr veröffentlicht das Hasso-Plattner-Institut in Potsdam eine Liste der am häufigsten verwendeten Passwörter in Deutschland. Im vergangenen Jahr 2023 führte die Ziffernkombination "123456789" mit großem Abstand die Liste an. Obwohl dieses Passwort länger ist als die häufigsten in den Vorjahren (wie "123456" oder "12345678"), bedeutet das keineswegs, dass es sicherer ist. Unter den zehn am häufigsten verwendeten Passwörtern für 2023 finden sich auch einfache Begriffe wie "hallo" oder "password".

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) gibt klare Empfehlungen, wie man sich mit starken Passwörtern schützen kann: Es ist wichtig, dass Sie sich das Passwort gut merken können. Gleichzeitig gilt: Je länger, desto besser. Ein starkes Passwort sollte mindestens acht Zeichen lang sein und alle verfügbaren Zeichen verwenden, wie Groß- und Kleinbuchstaben, Ziffern und Sonderzeichen (Leerzeichen, ?, !, %, + ...).

Nicht geeignet sind Namen von Familienmitgliedern, Haustieren, besten Freunden, Lieblings-

stars, Geburtsdaten usw. Passwörter sollten auch nicht aus gängigen Buchstabenkombinationen oder Tastaturmustern bestehen.

Und wie sieht es mit Ihren Passwörtern aus? Die Tipps mögen auf den ersten Blick simpel erscheinen. Aber wie lauten Ihre Passwörter? Nutzen Sie möglicherweise immer dasselbe Passwort, das Sie seit Langem in verschiedenen Situationen verwenden?

Eine praktische Methode zur Erstellung starker Passwörter ist die Verwendung eines Satzes, dessen Anfangsbuchstaben genutzt werden. Zum Beispiel: "Ich fühle mich seit 2012 bei der Deutschen Justiz-Gewerkschaft gut aufgehoben" ergibt "Ifms2012bdDJGgA". Falls erforderlich, können Sonderzeichen vor oder nach der Zahl eingefügt werden, zum Beispiel: "Ifms%2012bdDJGgA" - Voilà.

Wenn Sie viele sichere Passwörter benötigen, können wir das Freeware-Tool KeePass empfehlen. KeePass ist eine kostenlose Software, mit der Sie sensible Login- und Identifikationsdaten wie Passwörter, Benutzernamen oder Kreditkartendaten verwalten können.

Die Universität Mannheim hat eine hilfreiche Anleitung dafür erstellt: [https://www.tu-darmstadt.de/media-einrichtungen/itsecurity/itsecurity\\_dokumente/anleitungen/KeePass-tutorial\\_de.pdf](https://www.tu-darmstadt.de/media-einrichtungen/itsecurity/itsecurity_dokumente/anleitungen/KeePass-tutorial_de.pdf) (MK)



# BUCHTIPP

---

## *Richter morden besser* von Thorsten Schleif

Mit *Richter morden besser* liefert Thorsten Schleif eine scharfsinnige und humorvolle Abrechnung mit dem deutschen Justizsystem.

Der Protagonist Siggı Buckmann ist ein desillusionierter Amtsrichter, der den Glauben an seine Arbeit und die Gerechtigkeit des Rechtssystems längst verloren hat. Frustriert und abgestumpft hat er sich für den „Dienst nach Vorschrift“ entschieden und hält sich streng an die absurden Regeln und bürokratischen Abläufe, die den Gerichtsalltag prägen – auch wenn sie oft wenig mit Gerechtigkeit zu tun haben.

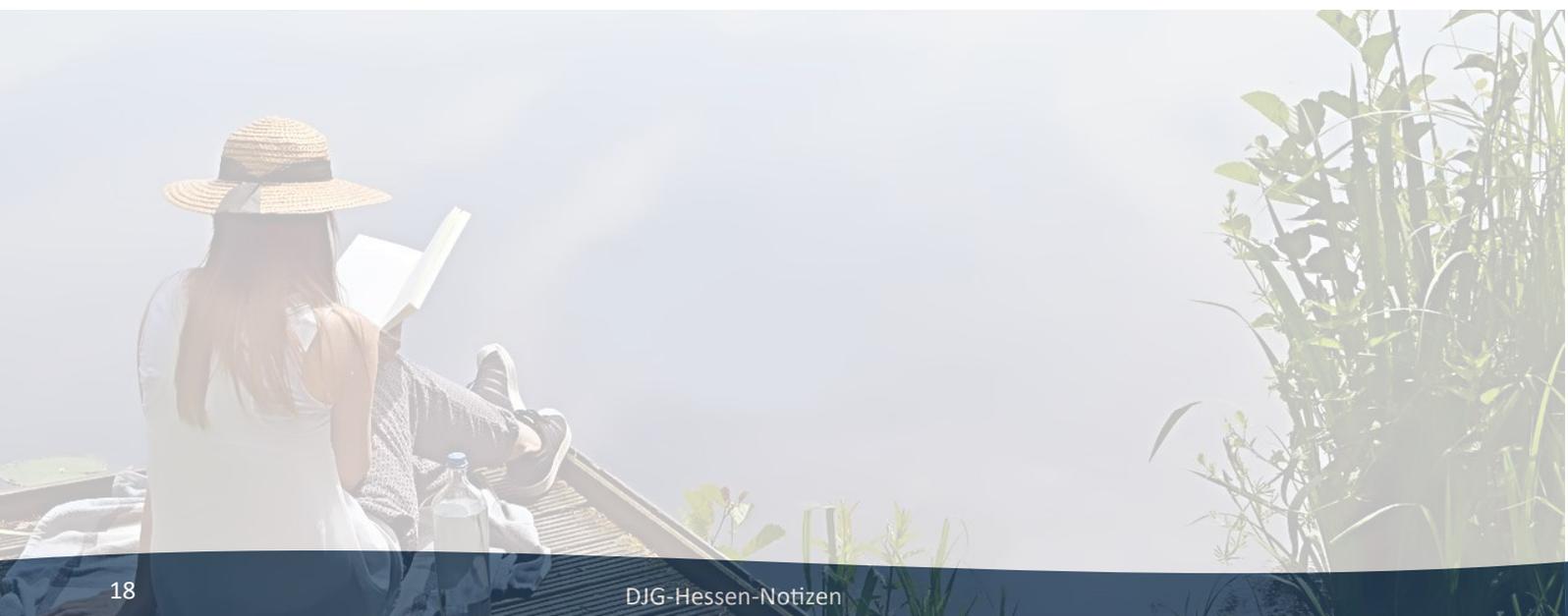
Eines Tages jedoch wird Buckmann in einen Fall hineingezogen, der ihn zwingt, sich mit seinen Prinzipien und der vermeintlichen Neutralität des Rechts auseinanderzusetzen. Dabei wird er von den Konflikten und Dilemmata eingeholt, die er so lange vermieden hat, und muss entscheiden, ob er tatsächlich „nur Dienst nach Vorschrift“ machen kann – oder sich endlich den Misständen entgegenstellen will, die er täglich miterlebt.

Schleif, selbst Richter, bringt seine Erfahrung und sein Insiderwissen in die satirische Geschichte ein, wodurch die teils grotesken Aspekte des Systems auf scharfsinnige Weise offengelegt werden. Aus seiner Perspektive beleuchtet er die Schwächen und Ungereimtheiten des Justizwesens.

*Richter morden besser* ist eine fesselnde Satire, die die Leser gleichermaßen zum Lachen und Nachdenken bringt und die Frage aufwirft, ob Justiz und Gerechtigkeit wirklich Hand in Hand gehen.

Erschienen; Juli 2022 Heyne Verlag.  
Taschenbuch, 304 Seiten, ISBN 978-3-453-42616-0

Weitere Bücher von Thorsten Schleif: „Richter jagen besser“ und „Richter sterben besser“



# DIE ANDERE SEITE

## Wer ist eigentlich „MER“?

**MER.** Ein Name, der uns in Gesprächen ständig über den Weg läuft, als sei er ein allgegenwärtiger Freund, den jeder zu kennen scheint – nur wir selbst nicht. „MER müsste mal den Keller aufräumen.“ „MER sollte wirklich öfter Sport machen.“ Aber wer ist dieser geheimnisvolle MER eigentlich? Eines wissen wir: Er ist auf jeden Fall ein hessischer Zeitgenosse!

### MER müsste einmal ...

Ja, das müsste er wirklich. MER müsste einmal den Rasen mähen, die Steuererklärung machen, den Dachboden entrümpeln. MER ist anscheinend ein Multitalent, ein wahrer Tausendsassa. MER ist der Mann für alle Fälle – der perfekte Problemlöser, der heimliche Held des Alltags. Er ist immer zur Stelle, wenn es darum geht, unangenehme Aufgaben anzusprechen, aber selten genug, um sie tatsächlich zu erledigen.

### MER sollte einmal ...

Ganz recht, MER sollte. MER sollte sich wirklich mehr um seine Gesundheit kümmern. Weniger Schokolade, mehr Salat! Und Sport, MER sollte definitiv mehr Sport treiben. Aber MER, dieser hinterlistige Schelm, lässt sich nie erwischen, wenn es darauf ankommt, sich selbst an die Nase zu fassen. Stattdessen lässt er uns all die schweren Entscheidungen treffen, während er sich genüsslich zurücklehnt und das Popcorn knabbert.

### Immer ist die Rede von dem „MER“, aber er hat sich mir noch nie vorgestellt.

Es ist wahr. In unzähligen Gesprächen taucht MER auf, aber hast du ihn jemals getroffen? Wahrscheinlich nicht. Und das ist kein Zufall. MER ist der Meister der Tarnung, ein wahrer Ninja unter den Ausflüchten. Vielleicht hast du schon ein paar Mal versucht, ihn in die Pflicht zu nehmen, aber MER hat immer eine Ausrede parat – sei es ein wichtiges Meeting oder ein unerwarteter Notfall.

### Eine Art Geist?

Ja, MER könnte tatsächlich ein Geist sein. Ein schelmischer Poltergeist, der durch unsere Gespräche spukt und uns alle ein wenig in die Irre führt. Man könnte sagen, er ist der unsichtbare Kumpel, der immer da ist, um uns ein schlechtes Gewissen zu machen. Er bringt uns dazu, uns vorzunehmen, was wir tun sollten, ohne dass wir es jemals wirklich tun.

Also, wenn du das nächste Mal hörst, dass oder sollte, erinnere dich daran: MER ist Trick des Verstandes, ein Spiegelbild unserer Aufschieberitis.

Oder, wer weiß, vielleicht ist er wirklich da draußen – der unerreichbare, mysteriöse MER, der nie etwas zu Ende bringt und doch immer wieder als Gesprächsstoff dient. Aber wenn du ihn jemals treffen solltest, sag ihm Bescheid: (M)Er müsste wirklich mal bei allen vorbeischaun. (SG)

MER etwas tun müsste  
vielleicht nur ein  
eigenen



# BEZIRKSGRUPPEN

## JHV der Bezirksgruppe Gießen:

Am 20. November 2024 fand die Jahreshauptversammlung statt.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Neuwahl des Vorstandes sowie ein ausführlicher Tätigkeitsbericht von Michael Auriga, der die Bezirksgruppe in den letzten Jahren als Vorsitzender engagiert geführt hat. Er möchte sich mehr der Gewerkschaftsarbeit auf Bundesebene widmen und scheidet auf eigenen Wunsch aus. Ihm wurde herzlich für sein Engagement gedankt und ein Präsent überreicht. Auch Alexander Engelhardt scheidet aus persönlichen Gründen aus dem Vorstand aus.

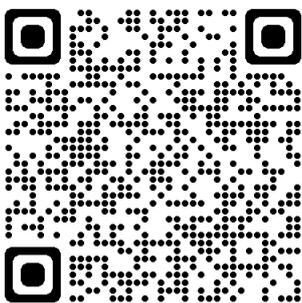


Die Bezirksgruppe Gießen wurde einstimmig neu gewählt und freut sich unter der Führung von Manuela Schwarz als Vorsitzende, Catja Margolf als stellvertretende Vorsitzende, Lisa Geißler als Schriftführerin, Sofia Margert als stellvertretende Schriftführerin und Schatzmeisterin Ellen Becker mit Ilka Loos als stellvertretende Schatzmeisterin auf die kommende Zeit.

Zum Punkt Verschiedenes berichtete Manuela Schwarz über den Sachstand der Tarifverhandlungen, zum Stand der Evaluierung der Entgeltordnung in Hessen sowie über das aktuelle Entwicklungsgeschehen im Ausbildungsbereich der Justiz.

Ein weiterer Höhepunkt der Veranstaltung war der Besuch von unserem Landesvorsitzenden Erwin Schmidt. Er berichtete über die vielfältigen Tätigkeiten des vergangenen Jahres und gab einen Einblick in die aktuellen Themen der Justiz. Der Austausch war lebendig und intensiv, was den Mitgliedern die Möglichkeit gab, sich über die Herausforderungen auszutauschen.

Zum Abschluss der Veranstaltung bedankte sich der Vorstand ganz herzlich bei den zahlreich erschienenen Mitgliedern für das große Interesse an der Gewerkschaftsarbeit und das entgegengebrachte Vertrauen. (MS)



**Herausgeber:**  
Deutsche Justiz-Gewerkschaft LV Hessen e.V.  
Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion

**V.i.S.d.P.:**  
Erwin Schmidt  
1. Landesvorsitzender  
Geschäftsstelle: Riedmühlstraße 25  
61184 Karben, [redaktion@djg-lv-hessen.de](mailto:redaktion@djg-lv-hessen.de)

**Redaktion/Layout:**  
DJG-Landesleitung,  
S. Gölzenleuchter

**Bildmaterial/Illustrationen:**  
S. Gölzenleuchter, M. Schwarz, E. Schmidt,  
Pixabay, KI DALL-E3.

**Autoren:**  
Erwin Schmidt (ES)  
Manuela Schwarz (MS)  
Charlotte Reinbold (CR)  
Uwe Diederich (UD)  
Marcel Kirchrath (MK)  
Silke Gölzenleuchter (SG)

**DJG**  
HESSEN